



## Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwandt. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Wrefe je 1,50 Mark. Postzeitungsnummer 295 a. Insertionsgebühr für die Petitzile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Insertate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandsklassirer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Berlin SO., Engelstfer 15 II.

Jg. 52.

Berlin, den 29. December 1900.

27. Jahrg.

## Das neue Jahrhundert. \*

Nun will sich ein Jahrhundert wieder wenden  
Dorthin, wo sich so manches schon verlor;  
Wir seh'n es kraftlos, abendmüde enden;  
Stark aber klopft das neue schon an's Thor.  
Es klopft an's Thor, daß sich die Pforten biegen,  
Das ist kein Schwächling, der da draußen harrt,  
Um sanft und schüchtern sich herein zu schmiegen,  
's ist ein Jahrhundert von besondrer Art!

"Laßt mich herein!" Das tönt aus stolzem Munde,  
Das klingt wie Amboß, Hammer und wie Stahl.  
"Laßt mich herein! Ich bringe frohe Kunde  
Euch, den Enterbten in des Lebens Thal.  
Laßt mich herein! Ich will euch mutig leiten!  
Thut mir das Thor der Zeiten endlich auf!  
Ich will mit euch, ein treuer Krieger, streiten,  
Zur Höhe zieht es mich wie euch hinauf!"

Dal Schwach ein Ton, ein Gurgeln und Versinken,  
Ein Stöhnen noch — ein Toter ist im Haus,  
Die Glocken läuten und die Gläser blinken;  
Ein schwarzer Schatten huscht zur Thür hinaus.  
Das Thor flog auf, die roß'gen flügel knarren,  
Von Finsterniß umhüllt — ein düst'rer Schrein!  
fährt ein Jahrhundert auf zerbroch'nem Karren;  
Das neue aber schreitet stolz herein.

Da flammt das Licht empor in tausend Herzen,  
Der letzte Schattenhauch des Todes flieht,  
Und durch die hoffnungsfröh erwachten Herzen  
Klingt des Jahrhunderis jugendstarkes Lied.  
Das Lied des Lebens und das Lied der Freude!  
In festgesetzter, hoher Harmonie  
Löst uns're Seelen von dem alten Leide  
Der Zukunft siegesstolze Melodie.

Die Blicke leuchten und die Sinne schwelen  
Der Zeit vorauf in leichtbeschwingtem Flug,  
Es will das Herz zur Höhe sich erheben,  
Wohin die Hand noch nicht die Fahne trug.  
Noch stehen hindernd Fels und Dornengehege,  
Die nur der Mühsal harte Thal durchdringt,  
Doch auf der Phantasie lebend'gem Wege  
Hilft uns die Kraft, die Meere überspringt.

Laßt uns die Freude dieses Schauens festen;  
Wie bald, wie bald vorüber ist die Proph.  
Und Morgen wieder rütt uns auf der Pfeife  
Des Alltags rohe und brutale Macht.  
Dann steh'n wir wieder wie zu allen Tagen  
An unsrer Arbeit, die das Leben frisgt,  
Und wieder schleichen um uns her die Klagen  
Die unser Sinn am Feiertag vergift.

Und wieder müssen Schritt für Schritt wir ringen  
Zu unsrer Zuversicht gewalt'gem Ziel,  
Die Aegte drohnen und die Hämmer klingen  
Und Jubel tönt, wo eine Schranken fiel.  
Doch endlich muß der letzte auch der Schwachen,  
Der seige schlief in stiller Demuth Schoß,  
Der letzte Knecht muß endlich doch erwachen,  
Und kommen wird und muß ein besser Koost.

Sei uns geprüßt, du werd'ndes Jahrhundert!  
Sei uns geprüßt in unserm dunklen Thal  
Und schreite, wie ein Winkelried bewundert,  
In deiner Feinde die gehäutte Zahl!  
Wir seh'n des Hasses gift'ge Speere sinken  
Vor dir, der du der Arbeit Banner trügst,  
Der du der Freiheit eine Gasse schlägst  
Die Glocken läuten! Laßt die Becher blinken!

Ernst Preysang.

## Bekanntmachung.

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Breslau, Rheinberg, Rudolstadt (Bolßstadt, Schwarza), Crieff, Pegesack; für Isolatorenreicher Selt (Firma Rosenthal u. Co.)**

Der Vorstand.

## Wissensmutter im neuen Jahrhundert!

Das amtliche, offizielle Deutschland ist bereits vor einem Jahre ins neue Jahrhundert eingetreten. Entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit, im Tempo des Krähwinkler Landsturms vorwärts zu marschieren, hatten es die offiziellen Kreise diesmal sehr eilig, die neue Ära zu beginnen; sie haben es richtig fertig gebracht, die ganze andere Welt um eine Nasenlänge zu schlagen und während sie bereits als Bürger des zwanzigsten Jahrhunderts umherschlendern, schicken wir gewöhnlichen Sterblichen uns erst an, das neunzehnte Jahrhundert zu Grabe zu tragen.

Wenn die Neujahrs Glocke die Mitternacht verkündet, so versinkt das alte Jahrhundert im Strom der Zeiten und ein neues steigt hämmernd vor uns auf. Selbst den nüchternsten und phantasielosesten Menschen ergreift es in diesem Augenblieke mit geheimnisvollem Schauder. Die Zukunft öffnet ihre Pforten und auf Aller Läppen steht die Frage geschrieben: „Was wird uns das neue Jahrhundert bringen“?! Erwartungsvoll spähend richten sich die Augen des Geistes vorwärts in die dunkle Zukunft, um zu erforschen, was sie in ihrem Schoße trägt. Und da uns die Gewißheit fehlt, so krammt sich das Herz an die Hoffnung. Wie Recht hat doch Schiller in seinen Versen:

„Es reden und träumen die Menschen viel  
Von bessern künftigen Tagen;  
Nach einem glücklichen, goldenen Ziel  
Sieht man sie rennen und jagen.

Die Welt wird alt und wird wieder jung,  
Doch der Mensch hofft immer Verbesserung!“

Ja, die Hoffnung ist es, die ihre Arme ausstreckt ins Ungewisse und das Menschenherz hinwegträgt über die Zweifel und die Zerrissenheit der Gegenwart. Und gerade an der Jahrhundertwende fahrt die Menschheit neuen Mut auf ihrem dornigen Wege. Stille Wehmuth über die tausend fehlgeschlagenen Hoffnungen und getäuschten Erwartungen vermischt sich heute mit dem starken Glauben an eine bessere, lichtere Zukunft.

So ist es immer gewesen. An jeder neuen Jahrhundertwende haben die Menschen die Hoffnungssonne ausgeworfen in das dunkle Lebensmeer. Welche Erwartungen knüpfsten die großen Geister des achtzehnten Jahrhunderts an das kommende neunzehnte Jahrhundert! Wie siegesgewiß und hoffnungsfroh klingen die Worte Schillers, die er seinem scheidenden Säculum mit auf den Weg giebt:

„Wie schön, o Mensch, mit deinem Palmenzweige  
Stehst du an des Jahrhunderis Seite  
In edler, stolzer Männlichkeit,  
Mit aufgeschlossenem Sinn, mit Geistesfülle,  
Voll milden Ernstes, in thatenreicher Stille,  
Der reifste Sohn der Zeit,  
Frei durch Vernunft, stark durch Gesetz,  
Durch Sanftmuth groß und reich durch Schätze,  
Die lange Zeit dein Busen dir verschwieg,  
Herr der Natur, die deine Heseln liebet,  
Die deine Kraft in tausend Kämpfen übet  
Und prangend unter dir aus der Verwild'zung  
fliegt.“

Voll Staunen über die Errungenschaften seines Zeitalters preist der Dichter den Menschen als den Herrn der Natur, der die Naturkräfte in seinem Dienst gezwängt hat, um sich

dadurch den Kampf ums Dasein zu erleichtern. Was würde er erst sagen, wenn er unsere Zeit erlebt hätte, die auf dem Gebiete der Technik alle früheren Jahrhunderte in den Schatten stellt! Das neunzehnte Jahrhundert hat die Keime, welche das achtzehnte ausgestreut hatte, zur vollen Entfaltung gebracht. Wie ein Gott, so herrscht der moderne Mensch über die Natur — das Wort „unmöglich“ ist aus seinem Lexikon ausgelöscht.

Wenn wir die Errungenschaften der letzten hundert Jahre auf technischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiete überblicken, so können wir mit stolzem Selbstbewußtsein sprechen: „Wir haben es herrlich weit gebracht und es ist eine Lust zu leben!“ In geradezu Bewunderung erregender Schnelligkeit sind wir fortgeschritten und wir können es uns kaum mehr ausmalen, wie ärmlich und unbekannt unsere Vorfahren noch vor einem Jahrhundert gelebt haben. Man denke nur an das moderne Verkehrswesen, an die moderne Beleuchtung, das Zeitungswesen und hundert andere Sachen. Und noch ruhet der Menschengeist nicht, auch nicht einen einzigen Augenblick; raslos, ununterlassam arbeitet er weiter und schafft immer neue Werke und immer neue Kultur.

Leider aber müssen wir gestehen, daß die moderne Kultur auf geistigem und materiellem Gebiete auch ihre Kehrseite hat: die unheirliche Lage, um nicht zu sagen, das wirtschaftliche Elend der großen Masse des Volkes. Wohl ist es besser geworden — wer möchte es leugnen? — und wir beobachten ein langsames Emporsteigen der unteren Schichten, aber immer noch trifft die Klage zu, die Schiller vor nunmehr hundert Jahren in die Worte kleidete:

„Ah, umsonst auf allen Länderkarten  
Späßt du nach dem seligen Gebiet,  
Wo der Freiheit ewig grüner Garten,  
Wo der Menschheit schöne Jugend blüht.  
Endlos liegt die Welt vor deinen Blicken,  
Und die Schifffahrt selbst ermüdt sie kaum,  
Doch auf ihrem unermess'nen Rücken  
Ist für zehn Glückliche nicht Raum“.

Das Glück und die Zufriedenheit der Menschheit hat uns das neunzehnte Jahrhundert nicht gebracht trotz seiner riesenhaften Fortschritte, trotz all seiner Entdeckungen und Errungenschaften; diese Aufgabe zu lösen hat es dem kommenden Jahrhundert als Geschäft hinterlassen. Und diese Aufgabe, das verlorene Paradies der Menschheit wieder zu entdecken, muß das zwanzigste Jahrhundert lösen.

Länge der Telegraphenröhre . . . . .	im Jahre 1872	125.559 km	im Jahre 1897	541.763 km
Beförderte Telegramme . . . . .		19 : 300 000 Stück		66 : 610 000 Stück
Eingegangene Briefe . . . . .		501 : 250 000 "		2357 : 170 000 "
Päckle . . . . .		62 : 700 000 "		167 : 930 000 "
Werth der Nachnahmesendungen . . . . .		55 : 560 000 Mark		328 : 680 000 Mark
" " Postaufträge . . . . .		9 : 560 000 "		616 : 460 000 "
" " Postanmelungen . . . . .		532 : 000 000 "		6658 : 550 000 "

Wenn wir nun noch hinzufügen, daß die Zahl der Fernsprechstellen im Jahre 1897 bereits 173.981 betrug (im Jahre 1888 waren es erst 37.313), daß die Zahl der Zeitungen in Deutschland von 66 i. J. 1850 auf über 9000 i. J. 1899 gestiegen ist und daß wir in Deutschland pro Jahr über 400.000 Tonnen (à 1000 kg) Papier gebrauchen gegen 22.000 Tonnen im Jahre 1840, so wird kein Mensch mehr den ungeheuern Fortschritt leugnen wollen, den wir in den letzten Jahrzehnten unseres scheidenden Jahrhunderts gemacht haben.

Diesen Riesenschritten auf dem Gebiete des wirtschaftlichen und geistigen Lebens gegenüber berührt der Schnedengang der menschlichen Kultur um so unangenehmer. Die Produktivität der Menschheit ist ins schier Unendliche gestiegen, die Erde bietet uns ihre

Man hat unser Jahrhundert das Zeitalter der Maschinen und des Kapitalismus genannt. Kein Wunder, wenn wir bedenken, daß allein die Dampfkraft von ungefähr  $1\frac{1}{2}$  Millionen Pferdekräften i. J. 1840 (in sämtlichen Kulturländern der Erde) auf ungefähr  $55\frac{1}{2}$  Mill. i. J. 1895 gestiegen ist. In Deutschland betrug die Steigerung in dem gleichen Zeitraume 7.650.000 gegen 40.000 Pferdekräfte. Dem entsprechend stieg auch die Produktivität der Arbeit und die Produktion. Im Jahre 1840 betrug die Produktivität der Kulturländer pro Kopf der Einwohner 460 Fußtonnen,\* i. J. 1895 dagegen 990 Fußtonnen. Wie die einzelnen Länder an dieser Zunahme beteiligt sind, mögen folgende Zahlen zeigen: Großbritannien und Irland: 360 zu 1570; Frankreich: 830 zu 850; Deutschland: 310 zu 900; Österreich 350 zu 560; Italien: 220 zu 390; Vereinigte Staaten: 1020 zu 1850; Englische Kolonien: 800 zu 2020. Die Produktion der Industrie (ohne Landwirtschaft) stieg in den Kulturländern vom Jahre 1820 bis zum Jahre 1894 von 25.000 Mill. Mark auf 113.000 Mill. Mark; in Deutschland betrug der Zuwachs 3793 Mill. Mark auf 14.145 Mill. Mark, in den Vereinigten Staaten 1128 auf 40.016. Um auch ein paar Beispiele aus dem Verkehrswesen zu geben, so betrug die Länge des Eisenbahnnetzes der Erde i. J. 1830 nur 332 Kilometer, während sie heute ungefähr 800.000 Kilometer beträgt; im Eisenbahnwesen waren an Kapitalien angelegt i. J. 1894 138.276 Mill. Mark gegen 9537 Mill. Mark i. J. 1850. Die Zahl der Fluss- und Küstenschiffe im deutschen Reiche bezifferte sich i. J. 1897 auf 22.564 mit einer Tragfähigkeit von  $3\frac{1}{3}$  Mill. Tonnen gegen 17.653 mit  $1\frac{1}{3}$  Mill. Tonnen i. J. 1877. Segel- und Schleppschiffe gab es im deutschen Reiche i. J. 1871 4372 mit 900.361 Register-Tons, i. J. 1898 nur noch 2522 mit 585.571 Register-Tons; dagegen stieg die Zahl der Dampfschiffe im gleichen Zeitraume von 147 mit 81.994 Register-Tons auf 1171 mit 969.800 Register-Tons; die gesammte Tragfähigkeit der Welthandelsflotte betrug i. J. 1842 10.480.000 Tonnen, dagegen i. J. 1894 58.610.000 Tonnen. Postanstalten gab es in Deutschland i. J. 1872 rund 7000, Telegraphenanstalten rund 5000; im Jahre 1898 betragen die betreffenden Zahlen rund 35.000 resp. 25.000. Der Post- und Telegraphenverkehr des deutschen Reiches ergiebt sich aus folgender Tabelle:

im Jahre 1872	125.559 km	im Jahre 1897	541.763 km
19 : 300 000 Stück	66 : 610 000 Stück		66 : 610 000 Stück
501 : 250 000 "	2357 : 170 000 "		2357 : 170 000 "
62 : 700 000 "	167 : 930 000 "		167 : 930 000 "
55 : 560 000 Mark	328 : 680 000 Mark		328 : 680 000 Mark
9 : 560 000 "	616 : 460 000 "		616 : 460 000 "
532 : 000 000 "	6658 : 550 000 "		6658 : 550 000 "

reichen Schäze in verschwenderischer Freigebigkeit, die weitesten Entfernungen des Erdalls sind an einander gerückt, der Menschengeist erfindet immer neue Mittel, um den Reichtum der Völker zu steigern. Während den Menschen einsimale der Gedanke quält, wie er die Bedürfnisse befriedigen sollte, während der Mangel ihn schreckt, sind wir heute ins entgegengesetzte Extrem gefallen; der Überschuß bereitet uns Sorge und das

\*) Unter Fußtonne versteht man eine mechanische Arbeit, die erforderlich ist, um eine Tonne (1000 kg) in einer Sekunde einen Fuß hoch zu heben — Die nachstehenden Angaben entnehmen wir dem interessanten Werk des Hamburger Kaufmanns F. C. May „Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, das mir Gelegenheit, der für Politökonomie interessant, aufs Werkzeug empfehlen können.

Gespenst der Überproduktion steigt dräuend vor uns auf. Also muß das heutige Wirtschaftssystem trotz seiner großen Vorteile doch einen Grundfehler haben. Und dieser Fehler liegt in der verdeckten Vertheilung und das Vertheilungsproblem wird immer brennender.

Das scheidende neunzehnte Jahrhundert hat auf dem Gebiete der Gütererzeugung Wunder gewirkt, das 20. Jahrhundert hat die Aufgabe überkommen, ein System zu finden, wonach die erzeugten Güter an die richtige Stelle gebracht werden. Diesem letzten Problem gehört das neue Jahrhundert; es soll eine Wirtschaftsordnung schaffen, wo in jedem Einzelnen, der da guten Willens ist, eine auskömmliche Existenz gewährleistet wird. Nicht mehr in harter Frohnde und bei mangelhafter Ernährung soll die übergroße Masse der Menschheitssklaven, damit eine Minderzahl auf den Höhen des Lebens wandeln kann, nein, alle die ungezählten Millionen sollen Anteil nehmen an der materiellen, geistigen, künstlerischen und moralischen Kultur. Diese Aufgabe ist nicht leicht, aber sie muß gelöst werden. Und sie wird gelöst werden, wenn wir alle, ein jeder an seinem Theil, thätsig mitwirken. Nicht darf uns die Schwere der Aufgabe schrecken, nicht darf uns Trägheit und Gleichgültigkeit abhalten; mutig die Hände ans Werk gelegt, dann wirds schon gehen! Eisriger noch als im vergangenen Jahrhundert wollen wir im neuen arbeiten und kämpfen für eine Hebung des arbeitenden Volkes, und in diesem Sinne rufen wir allen Porzellinern zu:

"Willkommen im neuen Jahrhundert!"

## Der Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

Eine genaue Uebersicht der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, wie denn auch der deutschen Genossenschaftsbewegung überhaupt, zu geben, ist nicht möglich, da es an einer ausreichenden amtlichen Statistik fehlt. Soweit eine eingehende Statistik vorhanden ist, verbanken wir sie der freien Thätigkeit der Genossenschaftsverbände. Selbst das "Statistische Jahrbuch des deutschen Reiches für 1900" gibt unter der Rubrik, Genossenschaftswesen, nur ganz kurze Mitteilungen, die den Jahrbüchern der beiden größten deutschen Genossenschaftsverbände, des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und des Allgemeinen Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, entnommen sind.

Bei der Ausstellung einer Uebersicht über den Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung sind wir in erster Linie auf das Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften angewiesen. Eine wertvolle Ergänzung gibt eine von der sächsischen Umsatzsteuer-Kommission aufgestellte Statistik über den Stand der sächsischen Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Statistik befindet sich in der von der Umsatzsteuer-Kommission Anfang dieses Jahres herausgegebenen Broschüre: Zur Umsatzsteuerfrage in Sachsen.

Nach den Listen des Allgemeinen Verbandes bestanden in Deutschland am 31. März d. J. 1904 Konsumgenossenschaften. Davon gehörten dem Allgemeinen Verbande 583, dem Verbande sächsischer Konsumvereine "Vorwärts" 46 und einem Revisionsverband im Regierungsbezirk Trier 14 Genossenschaften an. Zu den Listen des Allgemeinen Verbandes berichteten 534 Vereine mit 468 992 Mitgliedern. Der Umsatz betrug im Jahre 1899 115 $\frac{1}{3}$  Mill. Mark und der erzielte Reingewinn 11 $\frac{1}{2}$  Mill.

Mark. Die Zahl der nicht zum Allgemeinen Verbande gehörenden Konsumvereine des Königreichs Sachsen betrug, wenn wir die Ziffern des Verbandes Sächsischer Konsumvereine von denen der Broschüre "Zur Umsatzsteuerfrage" subtrahieren, 158 (einschließlich der 46 Vereine des Revisionsverbandes "Vorwärts"), die Mitgliederzahl 91 916, der Umsatz 29 Millionen Ml. und der Reingewinn 3 $\frac{1}{2}$  Millionen Ml. Das ergibt zusammen 692 Vereine mit 561 000 Mitgliedern, 144 Mill. Mark Umsatz und 15 Millionen Mark Reingewinn.

In diese beiden Statistiken sind mit wenigen Ausnahmen alle höheren deutschen Konsumvereine eingeschlossen. Es ist daher nicht zulässig, für die verbleibenden 712 Vereine, über die statistisches Material nicht vorliegt, aus einer Durchschnittsberechnung gewonnene entsprechende Ziffern einzusehen. Andererseits dürfen wir auch nicht zu niedrig greifen, da z. B. dem Revisionsverband im Regierungsbezirk Trier Vereine angehören, die bis zu einer Million Ml. Umsatz haben. Ein Hamburger Verein, der keinem Verbande angehört, die Neue Gesellschaft zur Vertheilung von Lebensbedürfnissen von 1856 wird in diesem Jahre einen Umsatz von rund 3 Millionen Mark haben. Große Umsätze haben ferner manche Beamtenkonsumvereine, die ebenfalls nicht berichten.

Wir schätzen demnach, daß die deutschen Konsumvereine mindestens 800 000 Mitglieder, 200 Millionen Umsatz und 20 Millionen Ml. Reingewinn, höchstens 1 Million Mitglieder, 250 Millionen Ml. Umsatz und 25 Millionen Mark Reingewinn haben. Die Mindestsziffern gibts auch Herr G. Fell, der jetzige Geschäftsführer der Großkaufgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, früher Leiter des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz, im vorjährigen Geschäftsbericht dieses Vereins. Die Höchstziffern bringt Herr R. E. May in seinem neuesten Werk: Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. (Akademischer Verlag für soziale Wissenschaften, Doctor John Edelheim u. Co., Berlin, Bern, Leipzig.)

Die 20—25 Millionen Ml. Reingewinn, welche die deutschen Konsumgenossenschaften erzielen, sind gewonnen durch die Organisation des Konsums, durch die Ausschaltung von Zwischengliedern und Händlern. Diese gewaltige Summe, die sonst in die Taschen der Klein- und Großhändler fließen würde, kommt jetzt den Konsumen zu gute. Wichtiger ist unseres Erachtens noch, daß die organisierten Konsumen, d. h. die Besitzer der Genossenschaften durch ihren Einfluß auf die Verwaltungen sicher sind, reine und unverfälschte Waaren preiswürdig in guter Qualität und vollem Gewicht zu erhalten.

Für die Arbeiterklasse kommt ferner in Frage, daß die Konsumvereine einer großen Anzahl von Arbeitern und Arbeitern lohnenden Verdienst, feste Arbeitsplätze und in der Verfolgung ihrer speziellen Klasseninteressen volle Freiheit bieten. Nach der Statistik der sächsischen Umsatzsteuer-Kommission kommen auf 1 Million Ml. Umsatz 48 männliche und 9 weibliche Angestellte und Arbeiter. In den deutschen Konsumgenossenschaften sind daher heute schon mindestens 10—12 000 männliche und 2000 weibliche Personen beschäftigt. Diese Ziffern werden sich ganz beträchtlich, nicht nur absolut, sondern auch relativ, erhöhen, so bald die deutschen Konsumvereine und ihre Großkaufgesellschaft durch das Interesse der Konsumen und die Organisation des Konsums in der Lage sind, in weiterem Umsange zur Eigenproduktion überzugehen.

## Amtlicher Theil.

Die von den Vororten der Agitation bezirke gewählten Agitationskommisionen sollen nach den maßgebenden Bestimmungen ihres Vorstandes halbjährlich einen Bericht geben. Der Bericht soll sich äußern:

1. über Art, Umsatz und Erfolg der Thätigkeit der Kommission;
2. darüber: welche Art der Agitation sich als besonders fruchtbar und empfehlenswert erwiesen hat;
3. über die wahrnehmbaren oder vermeintlichen Ursachen von Unzufriedenheit unter Angabe von Vorschlägen, wie eventuell der Vorstand einer örtlichen oder allgemeinen Thilnahmlosigkeit oder Gegenströmung entgegenwirken könnte;
4. darüber: in welchen statutarischen oder allgemeinen gewerkschaftlichen Fragen an einzelnen Orten (an welchen?) oder allgemein besondere Unzufriedenheit vorherrscht.

Da fast sämtliche Kommissionen bisher überhaupt noch keine Berichte eingesandt haben, ersuche ich alle Kommissionen, einen Bericht über das volle Jahr 1900 bis zum 15. Januar 1901 an mich einzusenden.

## Der Verbands-Vorsitzende.

## Zur Beachtung für die Zahlstellenkassirer!

Mit dieser Nummer der "Ameise" empfangen die Herren Zahlstellenkassirer ein Formular zum Bericht für den Bildungsfond pro 1900, welches auf beiden Seiten auszufüllen und nebst Quittungen mit den Abschlüssen pro 4. Quartal 1900 einzusenden ist.

Die Gelder des Bildungsfonds, welche am Schluß des Jahres nicht verausgabt werden, sind an die Zahlstellenkassirer zu rückschreiben und im Abschluß pro 4. Quartal 1900 in Einnahme zu stellen (§ 35, Absatz 2 des Statuts).

Gleichzeitig mit dieser Nummer der "Ameise" erhalten die Herren Zahlstellenkassirer auch ein Formular zum Bericht für den 15 p.C. Fonds pro 1900, welches ebenfalls auszufüllen und nebst Quittungen mit den Abschlüssen pro 4. Quartal 1900 einzusenden ist (gemäß § 34, Absatz 3 des Statuts).

Wilhelm Herden, Verbandskassirer.

## 33. Vorstandssitzung vom 11. 12. 1900.

An der Sitzung nimmt Theil: der Rektor; von den Revisoren Poehneder.

Bon Wilda werden Differenzen berichtet und wird ein Vorstandsvorsteher gewünscht, von der Zahlstelle, als auch von der Firma; beschlossen wird, den Schriftführer nach dort zu delegieren. Ein Situationsbericht von Wildau wird zur Kenntnis genommen; aus einige Fragen soll entsprechende Auskunft gegeben werden. — Für die weiblichen Mitglieder werden für 2 Wochen je 50 Pf. Buschus auf freiwilligen Mitteln bewilligt. — Baut telegraphischer Mitteilung drohen in Schwerin, Cottbus und Silesia, Lohnabschreben aufzudrücken. — Bericht von Ohlau ist befriedigend. — Zahlstellenkassirer betreffend, wird zur Kenntnis genommen. — Den noch arbeitslosen Mitgliedern, infolge des Brandungslück der Preußischen Fahrst. in Blankenhain, wird für weitere 4 Wochen Unterstützung bewilligt. — Weiterunterstützung für 9230 Mitglieder wird abgelehnt, nachdem Mitglied für 15 Wochen Unterstützung erhalten und sich zur Zeit in Arbeit befindet. — Eine Zuschrift von Gotha soll entsprechend beantwortet werden. — Bon Arnstadt wird beantragt, einen Aufzug zu feierlichen Sammlungen im Organ zu veröffentlichen, für das bei einer Zahlstellenkasse auswärtige Mitglieder gestattet; es wird dies ausdrücklich bewilligt, mit der Zusagde, daß über den Gang von Geldern wachstümlich Bericht zu erstatten ist.

Der Rektor lehrt mit, daß er eine richtliche Berechnung habe, wegen des Schlusses im Artikel in Nr. 46 der "Ameise". — Die neu gegründete Zahlstelle in Viechtach bei Gittersee soll nur den Namen Gittersee erhalten. — Das Mitglied 21 236 (Dorfmann) in Unterodollach wird nach § 5 Absatz 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Der neu gegründete Vorsteher der Zahlstelle Orgau meint das, daß man als solche anzusehen, bei Vorstand ist, damit überredet, wenn er sich in seine Leitungskräfte befiehlt nicht alle unterschreibt.

Bahnhofstraße Berlin II beantragt, aus ihrem Bildungsfond, denjenigen Bahnhofsteller, welche aus ihren früheren (auswärtigen) Mitgliedern hervorgehen, gewisse Beiträge überweisen zu lassen; der Vorstand ist damit einverstanden, sofern es die Mittel des eigenen Fonds nicht übersteigt. — Der Bahnhofstraße Mannheim werden auf Antrag 20 M. zu Bildungszwecken bewilligt, mit der Maßgabe, daß erst mitgetheilt werde, welche Werke die Bahnhofstraße anzuschaffen gedenkt. — Eine Buschritter des Union-Vorstandes wird zur Kenntnis genommen. — Von Klosterr. Weissdorf wird die Gründung einer Bahnhofstraße, sowie die Entsendung eines Referenten zu einer Versammlung beantragt; dem wird stattgegeben und wird der Vorsitzende beauftragt, im Januar n. Z. nach dort zu gehen. — Der Verbandskassirer gibt den Abschluß der Haupklassen für die Monate Oktober und November zur Kenntnis; im Oktober betrug das Vermögen in der Verbandsklasse: 101 322,71 M., im Betriebsfond: 20 945,86 M.; im November; Verbandsklasse: 96 402,49 M.; Betriebsfond: 20 773 M.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Verbandschifführer.

#### 34. Versammlung vom 18. 12. 1900.

Als Dank entschuldigt fehlt Welzel; an der Sitzung nimmt Thiel: der Redakteur; von den Revisoren ist Bozenekar anwesend.

Der Schriftführer berichtet über seine Delegierung nach Wildau; in den wesentlichsten Punkten ist in der Unterhandlung mit der Fabrikleitung ein Einverständnis erzielt worden, so daß die schwedenden Differenzen als erledigt betrachtet werden können. — Ein Situationsbericht vom Rudolstadt wird zur Kenntnis genommen; desgleichen eine Buschritter von Schwerin. Ein längerer Bericht von Götha soll entsprechende Beantwortung finden. — Von Kahla wird mitgetheilt, daß den Malern der Altien-Gesellschaft ebenfalls eine kleine Lohnverhöhung gewährt worden ist. — Nach Mitteilung des Redakteurs ist das gegen denselben eingeleitete Verfahren (wegen Schlafsaal im Leitartikel Nr. 46 der „Armeise“) wieder eingestellt. — Der Vorsitzende gibt zur Kenntnis, daß die Witwe respektive die Erben Bey's auf die Aufforderung des Rechtsanwalts hin, ebenfalls noch nicht zu bewegen sind, die diesbezügliche Erklärung abzugeben, so daß die Einleitung des Prozesses nunmehr zur unabsehbaren Notwendigkeit geworden ist; um jedoch nichts unversucht zu lassen, wird beschlossen, den Verbandsrevisoren anheim zu geben, sich in corpore zur Witwe Bey zu begeben, um dieselbe von der Zugelassenheit ihrer Weigerung zu überzeugen zu versuchen. — Das Schiedsgericht verlangt in Sachen Rauschle, Eibau, die Beantwortung der seiner Zeit vom Vorsitzenden des Schiedsgerichts an den Vorstand gerichteten Fragen und erklärt gleichzeitig, im Falle einer nochmaligen Verweigerung sollte sonst das Schiedsgericht in die Lüge kommen, sich die Beantwortung durch Delegierung eines Vertreters zu einer Versammlung nach Berlin zu bewirken. Die Verantwortung für die Kosten sollte dem Vorstand überlassen bleiben. Der Vorstand erklärt nun zum dritten Male, daß die Sache für ihn erledigt sei, daß er absolut keine Veranlassung und keine Zeit habe, sich mit Nichtmitgliedern zu beschäftigen; so sehr ihm sonst der Gedanke sympathisch ist, wenn das Schiedsgericht in besonders schwierigen Fällen eine persönliche Auseinandersetzung zu pflegen sucht, so wenig könnte im vorliegenden Falle die persönliche Anwesenheit eines Vertreters des Schiedsgerichts ihn bestimmen, seinen Standpunkt zu ändern. Die Bureaubeamten erhalten den strikten Auftrag, sich nunmehr jeder Tätigkeit in Sachen Rauschle zu enthalten. — Die Bahnhofstraße Arzberg hat sich beschwerdefähig an das Schiedsgericht gewandt wegen eines Vorstandbeschlusses, Aufhebung der Sperrreise über Firma Reichel nach Aufhebung des Strafs, bestehend und beantragt, daß das Schiedsgericht die Aufhebung dieses Beschlusses resp. die Wiederverhängung der Sperrreise veranlasse. Beschlossen wird, dem Schiedsgericht zu erklären, daß die Sperrreise sich im vorliegenden Fall als unwirklich erwiesen und deshalb aufgehoben worden ist. Gleichzeitig wird die Frage aufgeworfen, ob das Schiedsgericht es überhaupt für möglich halten kann, daß es durch Entscheidungen in solchen Fällen seinen Einfluß auf die Leitung der Organisation, sowie auf die Führung der Lohnkämpfe ausübt. Der Vorstand glaubt, daß seine Tätigkeit nach dieser Richtung hin, im Interesse der Organisation, eine vollständig selbstständige und unabhängige sein muß, für welche er nur einzige und allein der Generalversammlung Rechenschaft schuldig sein kann. Diese Auffassung des Vorstandes, welche den Intentionen der letzten Generalversammlung entspricht, soll dem Schiedsgericht übermittelt werden. — Der Agitationskommission des 13. Agitationsbezirks werden die beantragten Mittel für Agitationskosten bewilligt.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Verbandschifführer.

#### Aus unserm Berufe.

Zum Streit in Rudolstadt lassen wir heute den Bericht des „Thür. Volksbl.“ folgen: („Weitere Verhaftungen, Sanktionen,

Arbeitswilligen-Schlepper, Parabelöhne, geringer Ertrag, verfehlte Spekulation, Gesundheitszustand.) Zusammenhängend mit der „Affaire“ wurde am Sonnabend der Gerber G. vom Arbeitsplatz weg verhaftet, er soll angeblich den Arbeitswilligen Rauch verhauen haben. Ebenso wurden weitere 4 Männer vor den Untersuchungsrichter zitiert. Merkwürdig berührt es in interessirten Kreisen, daß man entgegen der gegen die Streikenden geübten Propaganda, bis heute von der Verhaftung irgend eines Arbeitswilligen, welche an der Schlägerei im Bürgergarten beteiligt waren, nichts gehört hat, obwohl doch gerade bei jenen Elementen noch unserer Ansicht von Rollions- und Fluchtgefahr und mit großer Berechtigung von §§ 124 und 125 gesprochen werden kann, da die Absicht zu der Revolte ja schon 8 Tage vorher kundgegeben worden sein soll.

Als Arbeitswilligenreicher scheint sich der Arbeitswillige Lämmann aus Schwarzbach zu gefallen, indem er auf seinen Heimfahrten ihm bekannte Porzellainer zu überreden sucht, bei Schäfer u. Vater Arbeit zu nehmen. Der Erfolg dieser bisherigen Bemühungen war allerdings gleich Null, da bisher die Leute viel zu vernünftig waren, als daß sie nicht sofort Recht gemacht hätten, nachdem sie hier von der Sachlage unterrichtet waren. — Was es eigentlich mit den angesuchten 18 Mark-Frauenverdiensten auf sich hat, geht aus der Thatssache hervor, daß sich kürzlich eine der Arbeitswilligen Damen durch Vermittelung des Dieners Kn. um ein Stipendiat bewarb, und zwar machte Kn. die Angabe, die Frau verdiente bei Sch. u. V. wöchentlich nur 4 bis 5 Mark. Das Büttrichende der Angabe dieses Riesenverdienstes schien dem Armenpfleger aber nicht einzuleuchten, da ihm sicher die 18 Mark-Verdienst-Annonce vorschwebte. Da soll demnach das Armenamt drauflegen, was seitens der Unternehmer nicht gezahlt wird. — Obwohl das Personal angeblich komplett sein soll, ist die Aufführung fertiger Ware seitens der Firma doch eine recht beschädigte und das ist der beste Maßstab für die rücksichtige Leistungsfähigkeit der jungen Kräfte. Brände werden allerdings fast ebensoviel gemacht, wie früher, aber, aber — ! — Die Laune der Herren Thiel scheint nicht die beste zu sein, nachdem sie erfahren, daß auch die letzte Hoffnung, daß die Streikenden bedingungslos zu Kreuzstrichen würden, geschwunden ist. Bisher glaubten die Herren, daß mit dem Vierteljahr auch die Streikunterstützung ihr Ende erreiche. Darauf denkt aber gar kein Mensch, im Gegenteil ist Geld genug da, um die Sache noch ein weiteres Vierteljahr oder noch länger mit anzusehen zu können. — Der Gesundheitszustand der Streikenden ist ein großartiger, wie er im Allgemeinen sonst bei Porzellinern nicht angetroffen wird; und Alle sieben sie noch Männer, Frauen und Mädchen, als musterhafte Kämpfer. Sei Ihnen eine frohe Weihnacht bescheret, Ihnen und allen Braven, die die gute Sache unterstützen!

R. M. Krause, Terra Cotta- und Majolikafabrik in Schkeuditz. Über Vorkommissie in dieser Fabrik hatten wir leider schon des Ofteren Gelegenheit, berichten zu müssen. Der Herr Krause ist ein wütender Gegner der Organisationsbestrebungen der Arbeiter und er hat es auch fertig gebracht, daß „seine Arbeiter“ sich drücken und auf ihr Koalitionsrecht verzichteten. Allerdings nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe und Herr Krause wird vielleicht eines schönen Tages erfahren, daß, wenn auch seine Arbeiter nicht beim verhafteten Porzellanarbeiter-Verbande angehören, sie doch noch einmal ein Wörtchen mit ihm sprechen werden.

Das neueste Vorkommissie dort dürfte auch

geeignet sein, die Arbeiter mehr als alles andere aufzulässen über das, was sie zu thun haben.

Am 15. Dezember, also 10 Tage vor dem Fest der Liebe, sind (nach dem „Proletarier aus dem Eulengebirge“) 17 Arbeiter: Formar, Maler und Hilfsarbeiter aus der Arbeit entlassen worden. Natürlich „wegen Mangels an Arbeit“. Wenn Arbeit dort ist, so wird in der Fabrik von Krause übergearbeitet, kommt doch bei solcher Ueberarbeit der Arbeiter eher auf seinen Lohn und profitieren tut der Unternehmer jedenfalls dabei.

Der „Herr im Hause“ hat mit den Entlassungen bewiesen, wie ernst es ihm ist, für das Wohl und Wohl seines Arbeiters zu sorgen. Die Arbeiter können nun ermessen, wer der wirkliche „Arbeitsstifter“ in Schkeuditz ist!

Mögen Sie die Konsequenzen daraus ziehen!

Nach Grünauer (Firma Mann) hat sich von Rudolstadt aus ein Verbandsmitglied auf eine Annonce in der keramischen Rundschau hin, um Arbeit beworben. Die Antwort ist so interessant, daß wir dieselbe hier wörtlich folgen lassen:

Antwortlich Ihres gef. Schreiben vom 13. d. teile Ihnen mit, wenn Sie dem Berliner Verband nicht angehören können Sie nach dem Neujahr hier als Gleiter eintreten indem mein Dreher und Gleiterpersonal sämlich beim Magdeburger Verband sind sehe Ihren diebstahlbezüglichen Bescheid gerne entgegen.

Hochachtend

W. Mann.

Von Potschappel berichteten wir unlängst über eine Unterschlagungsaffaire, die ein Schreiber Binkert bei der Firma: „Sächsische Porzellanfabrik von Kunisch vormals Thiele“ zum Besten gab. Jetzt ist dieselbe nun vor Gericht erledigt worden und schreibt die „Sächsische Arbeiterzeitung“ folgendes hierüber:

„Am Freitag wurde vor der V. Strafkammer des Landgerichts in Dresden gegen den Kontoristen Emil Binkert, der hier in der Porzellanfabrik von Kunisch beschäftigt war, wegen Unterschlagung, Betrugs und Utlundenfälschung verhandelt. Der am 6. Januar 1873 zu Grohrhörsdorf geborene Angeklagte besuchte die Unteroffizierschule in Marienberg. Binkert wurde als Invalid beim Militär entlassen. Im Jahre 1892 erhielt er beim Militär wegen schweren Diebstahls, begangen unter Missbrauch der Waffe, eine fünfmonatige Gefängnisstrafe. Diese ist von ihm verbüßt worden. Im Jahre 1893 wurde der Angeklagte als Schreiber in der „Sächsischen Porzellanfabrik Kunisch vormals Thiele“ in Potschappel angestellt. Er erhält in dieser neuen Stellung zuletzt monatlich 90 Mark, außerdem als Militärinvalid 15 M. Binkert bezahlt auch in Potschappel zwei Zigarrengeschäfte, die ihm monatlich ungefähr 50 M. Verdienst einbrachten. Der Angeklagte ist seit dem 10. Januar 1896 verheirathet und Vater von drei Kindern. Binkert lebte sloat, er ließ viel Geld aufgehen, genährte auch Darlehen und spetze in der Lotterie. Um die Mittel hierzu zu erlangen, beging der Angeklagte die ihm beigegebenen strafbaren Handlungen. Seit dem Jahre 1895 unterschlug Binkert zunächst drei Beträge von 56,30 M., 8 und 6 M., die er zur Bezahlung von Rechnungen erhalten, außerdem nach und nach mindestens 1000 M., die ihm von dem Käffner zum Auslaufe von Marken für die Invaliditätsversicherung und Krankenkasse übergeben worden waren. So dann betrog Binkert die Firma seit 1896 nach und nach um insgesamt 28 508 M., indem er die Rechnungen teil-

teile

fälschte, thells „falsch addirte“ und auf diese Weise von dem Rassirer größere Beträge erhielt, als er an die Arbeiter zahlte. Um sich den Anschein zu geben, daß er das Geld auf ehrliche Weise erworben habe, ließ er von Braunschweig eine Depesche an sich senden, in der ihm ein Gewinn von 30 000 Mark angezeigt wurde. Der Angellagte verwirkt 5 Jahre 7 Monate Gefängnis und 5jährigen Ehrenrechtsverlust; 3 Monate gelten als verhütet. — Man wird sich erinnern, daß vor einiger Zeit ein langwieriger Ausstand der Kunzsch'schen Arbeiter wegen Lohndifferenzen stattfand. Wenn der Schreiber allein zirka 30 000 Mark Lohn unterschlagen hat, braucht man sich über die entstandenen Differenzen nicht wundern. Es erhellt daraus, daß die Unternehmer ihren „Vertrauensleuten“ etwas mehr auf die Finger sehen möchten, statt fortwährend an den Löhnen der Arbeiter herumzuknipsen. — Der Fall Pinkert erregte in unserem Orte um so mehr Aufsehen, als er bei allen hurrapatriotischen Anlässen erster Mann an der Sprize war. — 90 Mark Gehalt und da blasen sich diese „Kommiss“ manchmal auf, als wären sie Barone!

Herr Kunzsch wird jetzt allerdings anders über den damaligen Streit denken und die Berechtigung desselben, nachdem alle Versuche der Arbeiter fehlgeschlagen, die Differenzen friedlich beigelegt, anerkennen. Der Pinkert wird jenesmal wohl der allerbeste Rathgeber für Herrn Kunzsch gewesen sein. Die Sorte Zwischenpersonen à la Pinkert sind öfter anzutreffen und der Rath der S. V. an die Unternehmer ist am Platze, nur meinen wir, mühten auch die Arbeiter ihr Augenmaß solchen „Kommiss“ mehr zuwenden.

— Weil er kein Vorhemd hatte, konnte er nicht in die Versammlung kommen — also äußerte sich ein Mitglied der Zahlstelle Oberkötzitz. Da Oberkötzitz so dicht an unserer Vaterstadt liegt und wir die dortigen Verhältnisse, insbesondere bezüglich der Bekleidung, aus der Jugendzeit her kennen, so müssen wir unsere Verwunderung ausdrücken darüber, daß die Oberkötzitzer und Königsee'er Arbeiter sogar pannibel geworden sind. Sicher wird doch keine Vorschrift innerhalb der Zahlstelle bestehen, die etwa beim Besuch der Versammlung einen „Salonanzug“ vorschreibt und in dem „Kaiser Günther“ konnte man früher und wird man auch jetzt noch ohne Vatermörder oder gefärbte „Vorhemden“ verkehren können. Über sollten in der allerdings schon langen Reihe von Jahren gerade die Einkünfte der Porzellanarbeiter unseres schönen engeren Vaterlandes solche geworden sein, daß es verpönt ist, ohne „Vorhemd“ sich sehen zu lassen? „Das Kind muß eben einen Namen haben“, wo anders schützt man für die Versammlungsschwänzer schon Abhaltungen sonderlicher Art vor, den Rekord in dieser Bezeichnung dürfte aber doch das fehlende „Vorhemdchen“ vorstellen.

Mögen die Genossen in Oberkötzitz sich angelegen sein lassen, niets alle in der Versammlung zu erscheinen — mit oder ohne „Vorhemd“. Es ist die Verhüttung jedes einzelnen Mitgliedes in der Organisation gerade im Thüringerland sehr nötig.

— Zu unserer Bewegung schreibt das „Correspondenzblatt“: „Der Verband der Porzellanarbeiter muß eine Urabstimmung darüber veranlassen, ob die Verbandsstagsdelegierten die als „Wäschegegeld“ erhaltenen Ertrahütten an die Verbandsstoffs zurückzahlen sollen. Der Name „Wäschegegeld“ ist eine unglückliche Bezeichnung für eine an sich durch die höheren Kosten in Berlin notwendig gewordene Diätenzusage. Es kennzeichnet in denleinlichen nörgelnden Geist, der sich

dieser Angelegenheit als einer Staatsaktion bemächtigt und aus purer Rechthaberei sieher die ganze Organisation in innerliche Krisen stürzt. Auch im Tabakarbeiterorgan traten nachträglich Neubereichen ob der Diätenfrage hervor. Daß dies in Organisationen geschieht, die zur Zeit unter wirtschaftlichem Niederdruk stehen, macht diese Vorkommen zwar erklärlich, aber nicht entschuldbarer, denn das hebt die Pflicht der Gesamtheit nicht auf, ihren gewählten Vertretern die auf Generalversammlungen verursachten Spesen zu vergüten. Um so mehr sollte aber darauf Rücksicht genommen werden, daß solche Auseinandersetzungen nur den Gegnern Stoff zu ihrem Gaudium liefern“.

— In Hohenberg sind in der letzten Versammlung, in der die Verwaltungswahl vorgenommen werden sollte, von 52 Mitgliedern nur 5 anwesend gewesen, so daß die Wahl nicht vorgenommen werden konnte.

Wir werden ersucht, den Hohenberger Mitgliedern dies an besonderer Stelle vor Augen zu führen und ihnen mitzuteilen, daß am 6. Januar f. J. eine weitere Versammlung stattfindet. Dem sind wir nun nachgekommen und zweifeln nicht im Geringsten daran, daß in der kommenden Versammlung sämtliche Mitglieder der Zahlstelle anwesend sein werden.

— Die Zahlstellenverwaltung Wilda heißt mit: Die Differenz-Angelegenheit in der Steingutfabrik Posen-Wilda ist durch beiderseitiges Entgegenkommen zur Zufriedenheit erledigt.

— **Kronach.** An Unterstützungen für das verunglückte Mitglied Fiedler gingen ein: Zahlstellen: Berlin II: 10.—, Gräfenhain 5.—, Selb 20.—, Oberhohndorf 5.—, Martinroda 5.—, Scheidewig 10.—, Wolfgang Pleß, Porzellanmaler, 1,00. Wenzel Prohaska, Rossbach (Baden) 1.—, Gotthard Geißler, Porzellanmaler Altwasser, 6.—, M. Summa 63,90 M. Den Geben besten Dank. Die Verwaltung.

— Von den österreichischen Porzellanarbeitern. Die „Solidarität“ schreibt: „Glasarbeiterstreik in Johannesberg bei Gablonz. Seit Wochen herrscht in der Serviettenindustrie eine so günstige Geschäftslonjunktur, daß selbst in Unternehmerkreisen Stimmen laut werden, die gute Perioden auszunützen, um die seit Jahren herabgesetzten Verkaufs- und Arbeitspreise für Serviettenringe wieder zu erhöhen. Umsomehr mußte es überraschen, als vorige Woche drei Lieferanten in Johannesberg ihren Arbeitern eine Lohnreduzierung ankündigten, und zwar gleich eine bedeutende, per 100 Dukzend 2 Kreuzer. Diese Lohnreduzierung würde den Verdienst des Arbeiters, der ohnedies nur durchschnittlich die Woche 8 Kr. beträgt, noch um zehn Prozent schmälern. Die bei den drei noblen Herren beschäftigten Schleifer und Schleiferinnen wiesen eine solche Zumutung, sich jetzt kurz vor den Weihnachtsfeiertagen bei dem besten Geschäftsgange eine Lohnreduzierung gefallen zu lassen, entrüstet zurück und stehen nun seit Montag den 10. d. Mts. im Streik. Es ist nicht ausgeschlossen, daß derselbe länger andauert, nachdem es die Arbeiter mit den drei unverschämtesten Lieferanten zu thun haben. Ebenso ist auch eine weitere Ausdehnung des Streiks nicht ganz unwahrscheinlich. Am kommenden Sonntag soll in einer großen Glasarbeiterversammlung in Johannesberg das Vorgehen der drei Herren die gebührende Beleuchtung finden. Im Streik stehen vorläufig die Arbeiter aus fünf Werkstätten, und zwar 41 männliche und 38 weibliche.“

Weiter veröffentlicht die „Solidarität“ folgenden Aufruf:

„An die Glas- und keramischen Arbeiter! 120 Glasleifer in Johannesberg haben die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer in drei Schleiferien die zwischen Arbeitern und

Unternehmern vereinbarten Arbeitsaufträge für Serviettenringe herablegen wollten. Die vorbrüchigen Unternehmer sind drei der größten Arbeiterschinder und Industrievermischer, und es muß Alles angewenhet werden, daß es ihnen endlich einmal vergeht, in ihrer gewissenlosen Weise weiter zu wirtschaften.“

Da die Weihnachtsfeiertage vor der Thür stehen, wo Noth und Elend besonders schwer empfunden werden, bitten wir, dafür zu sorgen, daß dies den Streikenden nicht allzu fühlbar wird, und in allen Arbeitsschichten für die Streikenden zu sammeln. Unsere Mitglieder wurden in letzter Zeit durch Strafe nicht so sehr in Anspruch genommen, weshalb wir erwarten, daß sich Niemand davon auszitzen wird, die Streikenden von Johannesberg zu unterstützen.

Unterstützungen für die Zuständigen in Johannesberg sind an Richard Stelzer, Unionstädter, Wien, V., Johannesgasse 42, zu senden.“

Robert Preußler Union Häfner für die Union, als Vertrauensmann.

### Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Die Konflikte in der „Leipziger Volkszeitung“ bieten der bürgerlichen Presse noch immer den gewünschten Anlaß, sich mit der „Widersprüchsvollen Theorie und Praxis“ der sozialdemokratischen Partei zu beschäftigen. Nachdem wir und mit uns die gesamme Parteipresse, sowie der Fraktionsvorstand sich rücksichtslos gegen das Vorgehen der Leipziger ausgesprochen hatten, war der bürgerlichen Presse zunächst der Boden für ihre Treibereien entzogen; in dem Scheitern der Einigungsverhandlungen glaubt sie die Handhabe zu neuen Angriffen gefunden zu haben.

Veranlassung gibt ihr in erster Linie eine Neuherierung des Fraktionsvorstandes, durch welche die Segez, die durch ihren Eintritt in die „Leipziger Volkszeitung“ das Weiterescheinen derselben ermöglichten, ausdrücklich als Nicht-Streiktreter erklärt worden seien.

Der zur Vermittlung angerufene Fraktionsvorstand hat in seinem Vermittlungsvorschlag allerdings eine solche Entlastung mit aufgenommen, wie wenig ihm daraus der Vorwurf gemacht werden kann, er habe damit den Streik durch entschuldigen wollen, sobald er in sozialdemokratischen Parteigeschäften geübt wird, ist aus folgendem deutlich ersichtlich: Im Einigungsverschlag des Fraktionsvorstandes wird gesagt:

Zur Beilegung der schreitenden Streitigkeiten ist sowohl den gesündigten Segern als den später aus Anlaß dieser Rundungen aus der Arbeit getretenen Personen der Wiedereintritt in ihre früheren Stellen innerhalb 14 Tagen offen zu halten. Soweit dieselben von diesem Rechte keinen Gebrauch machen, bleiben die an ihre Stelle getretenen Mitglieder der Buchdrucker-Gewerkschaft in Beschäftigung.

In diesem Verlangen des Fraktionsvorstandes liegt die denkbare schärfste und vollständigste Abhilfung des Verlustens der Leipziger Gewerkschaft bzw. Parteileitung seine Erfüllung bedeutet die denkbare mögliche Genugthuung für die Entlassenen bzw. Aufgetretenen.

Erh nach dieser klaren Stellungnahme gegen das Vorgehen der Leipziger nimmt der Fraktionsvorstand in seiner Erfidung von den arbeitwilligen Mitgliedern der Buchdrucker-Gewerkschaft das Odium des bewußten Streikbruchs. Sie haben, so heißt es, infolge des eigentümlich gelegerten Konflikts in der Buchdrucker-Partei die „Leipziger Volkszeitung“ diese Stellen in gutem Glauben angenommen. Der

gute Glaube, durch Annahme dieser Stellungen einen Streitbruch nicht zu begehen, kann bei objektivem Urtheilen den Gewerkschaftlern in der That nicht abgesprochen werden. Es muß berücksichtigt werden, daß bequemlicherweise zwei Buchdrucker-Organisationen bestehen, die den Streitfall in genau entgegengesetztem Sinne beurtheilen, ja das Vorhandensein der zwei Organisationen ist in letzter Linie die eigentliche Ursache des Konflikts, durchaus berechtigt also, wenn den eingetretenen Gewerkschaftlern in dem Kompromißvorschlag nicht der subjektive Streitbruch zum Vorwurf gemacht wird.

erner muß noch festgestellt werden, daß die Leipziger Parteigenossen sich der allgemeinen Verurtheilung, welche ihr Beschluß, erfahren hat, wonach die Einstellungen und Entlassungen in Leipziger Parteigeschäften neben der gesetzlichen Tüchtigkeit auch die Parteithäufigkeit zu berücksichtigen sei, gefügt haben, indem sie diesen Beschluß ausdrücklich aufhoben.

Wenn die Leipziger Parteigenossen aus diesem ihren Beschluß nicht die nothwendigen Konsequenzen gezogen und den Vorschlag des Fraktionsvorstandes nicht angenommen haben, wenn ferner die Leipziger Parteileitung nunmehr den Vorschlag macht, nur etwa 10 (und nicht, wie wir kürzlich berichteten, die Hälfte oder Zweidrittel) der früheren Seher wieder einzustellen zu wollen, so mißbilligen wir dieses Verhalten der Leipziger Genossen durchaus. Der Buchdruckerverband hat ein Recht auf Wiedereinführung aller seiner früher in der „Leipziger Volkszeitung“ beschäftigten Mitglieder, soweit er nicht in den Vergleichsverhandlungen freiwillig auf einen Theil dieses Rechtes verzichtet hat. Wenn der „Leipziger Volkszeitung“ größere finanzielle Verbindlichkeiten aus dieser Situation entstehen, so muß sie diese Folgen ihres Fehlers tragen.

Aus dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen der Gesamtpartei einen Streit drehen zu wollen, ist schlechterdings unmöglich; nur die inobjektive, blinde Wuth der Goldschreiber der Scharfmacherpresse bringt solche Ungereimtheiten fertig. (Vorwärts.)

— Für den Achtkunderttag plädierte jüngst in Görlitz ein katholischer Kaplan. Er sprach in einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins und sagte dabei nach einem Bericht des sächsischen „R. Görl. Anz.“:

„Er wies eingehend in populärer Darstellung die schädlichen Folgen nach, welche die übermäßige Arbeitsdauer, welche man als Raubbau bezeichneten kann, in gesundheitlicher Beziehung hat. Er konnte seine Beweisführung auf zahlreiche Erfahrungen in der seelsorgerischen Wirksamkeit stützen, berücksichtigte in seinen Darlegungen sowohl die körperliche als auch die geistige Arbeit und kam nach einer eingehenden Erörterung des Missbrauchs des Alkohols zu dem Ergebnis, daß das Verlangen nach einer nicht zu langen Arbeitszeit gerechtfertigt ist und daß auch der Achtundachtundachtstag für den Einzelnen und das Menschengeschlecht von Vortheil sein würde.“

Da die katholischen Arbeitervereine alles wollen, was ihre Kapläne wollen, so dürfte sich auch der Verein damit einverstanden erklärt haben. Das Centrum ist bekanntlich nicht für den Achtundachtundachtstag zu haben.

Die Münchener Kellnerinnen haben in einer Versammlung eine Petition an den Reichstag beschlossen, in der sie folgende Forderungen aufstellen:

1. Ist eine tägliche ununterbrochene Mindest-Ruhezeit von zehn Stunden festzusetzen. 2. Jeden zweiten Sonntag ist Gelegenheit zum Besuch des Gottesdienstes zu geben. 3. In jeder Woche ist ein voller Ruhetag von 24 Stunden zu gewähren, und zwar von eltern-

Morgen bis zum anderen. Die Aushilfe hat der Wirth zu bezahlen. 4. Jede Kellnerin hat eine zweijährige Lehrzeit zu leisten (als Biermädchen usw.). Für den Lehrvertrag gelten die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung. In der Lehrzeit hat das Waffer- oder Biermädchen, wo der Fortbildungsschulzgang eingeschürt ist, die Fortbildungsschule zu besuchen. 5. M. Hen unter 16 Jahren dürfen im Gastwirthsgewerbe überhaupt nicht angestellt werden. 6. Mädchen von 16—18 Jahren dürfen nicht länger als bis 10 Uhr Abends und nicht vor 6 Uhr Morgens beschäftigt werden. 7. Überschreitungen der gesetzlichen Arbeitszeit sind an höchstens 30 Tagen im Jahre (Karneval) zugelassen. 8. Der Verein bittet den Reichstag um Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf das Wirthshausgewerbe.“

— **Sein Koalitionsrecht für Bergarbeiter.** Der Zwicker Bergarbeiterstreik, der unter den wirtschaftlichen Rämpfen in diesem Frühjahr besonders durch die Drangsalirungen und Verfolgungen hervorragte, unten denen die Aussändigen zu leiden hatten, hat schon ziemlich deutlich gezeigt, wie es mit dem Koalitionsrecht der sächsischen Bergarbeiter steht. Es war empörend, zu sehen, wie Unternehmer und Behörden sich die Hände reichten zur Niederdrückung des Streiks, wie der Minister v. Metzsch mit den Kohlenbaronen konferierte und darauf, ohne nur den Versuch zu machen, auch einen Arbeiter anzuhören, für die Streikenden Gendarmen schickte, wie mit Versammlungsverboten und Ausweisungsbefehlen operirt wurde und es auf diese Weise gelang, die Reihen der Aussändigen zu verwirren, so daß sie zu den alten Bedingungen zur Frohn zurückkehren mußten, soweit sie wieder aufgenommen wurden.

Die Kohlenbarone rächen sich schwer für die Auflehnung der geknechteten Kohlenslaven wider ihre Herrschaft. Viele, viele, die Jahrzehnte lang die schwere Frohn getragen, ihre Kraft und Gesundheit in der Grube gelassen und für einen Jammerlohn den Kapitalisten glänzende Dividendengewinne gefördert hatten, wurden erbarmungslos auf die Straße geworfen. Die Brutalität der Kohlenherren schrie zum Himmel; es war eine öffentliche Kalamität in den Kohlengräberdörfern entstanden, da die Gemeinden nicht wußten, was sie mit den vielen Erwerbslosen anfangen sollten. In verschiedenen Gemeindeverwaltungen kam es zu lebhaften Grüterungen, und es wurde sogar von Gemeinde wegen der Versuch gemacht, die Unternehmer zur Zurücknahme der Entlassungen zu bewegen. Vergebens! Der Sklave muß fühlen, daß er sich seinem Herrn zu beugen hat. Die Unbotmächtigen mögen verhungern!

Den Hinausgeworfenen wurden aber überdies ihre Beiträge zur Knappshaftskasse vor-enthalten. Das sind nicht nur Pfennige, bei den meisten handelt es sich um M. 500 bis 700, bei mehreren älteren Bergarbeitern sogar um über M. 1000. Also nicht nur arbeitslos gemacht, nicht nur der körperlichen, durch Jahrzehnte lange schwere Steuer erworbenen Hoffnungen auf einen Notpfennig im Alter beraubt, nein, auch dieser Steuergroschen selber beraubt waren diese Vermisten.

Das Knapphaftklassengesetz besagt, daß Bergleute, die nach fünfjähriger Mitgliedschaft entlassen werden, ihre Beiträge zurück erhalten.

Das sächsische Berggesetz (§ 80 Abs. 2 Ziff. 5) schreibt aber vor, daß sofort ohne Rücksicht entlassen werden kann, wer „ohne Urlaub oder trifftige Entschuldigung länger als einen Tag von der Arbeit forbleibt“.

Das Knapphaftklassengesetz und das Knapphaftstatut schreiben aber ferner vor, daß die Beiträge nicht zurückgezahlt werden,

wenn die Entlassung auf Grund von § 80 Abs. 2 Ziff. 5 des Berggesetzes erfolgt.

Die Bergarbeiter haben sehr wohl mit diesen Gesetzesparagraphen gerechnet und sich in den Versammlungen vor dem Streik eingehend damit beschäftigt. Sie kamen jedoch einmühlig zu der Überzeugung, daß die Ausübung des ihnen rechtmäßig zustehenden Rechts ein wichtiger Entschuldigungsgrund im Sinne des § 80 des Berggesetzes sei. Um aber ganz sicher zu gehen, meldeten sie sich vor dem Streik noch ab und glaubten nun dem Berggesetz Genüge geleistet zu haben.

Die Arbeiter möchten das glauben. Kann man aber annehmen, daß Unternehmer, die herrschgewohnten Kohlenherren, die Ausübung des rechtmäßig gewährleisteten Koalitionsrechts als trifftigen Entschuldigungsgrund oder als Urlaubsgrund ansehen sollten? Sie hatten es natürlich nicht, erklärten die Entlassungen als begründet aus § 80 des Berggesetzes und verweigerten deshalb auch die Auszahlung der Kassenbeiträge, des Eigentums der Arbeiter. Eine Streitstrafe von M. 500, ja M. 1000 und mehr! Was ist dagegen das Kontrabürggesetz z. B. in Braunschweig!

Die Arbeiter setzten ihre Hoffnung auf die Gerichte. Sie klagten beim Berg-Schiedsgericht.

Abgewiesen!

Sie wandten sich an's Landgericht.

Abgewiesen!

Sie wandten sich an's Oberlandesgericht.

Abgewiesen!

Das Berg-Schiedsgericht erklärte, daß den Arbeitern die Beiträge zu Recht vorenthalten worden sind, das Landgericht erklärte sich für unzuständig, das Oberlandesgericht fällte am Sonnabend seinen Spruch und bezeichnete ebenfalls das Landgericht als unzuständig. Es bleibt bei dem Spruch des Berg-Schiedsgerichts: Die Arbeiter sind mit ihren Forderungen auf Herausgabe der Kassenbeiträge abzuweisen.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, daß für diese Bergarbeiter das Recht, zu streiken, so gut wie aufgehoben ist. Welcher Bergmann wird es noch wagen, zu streiken, wenn es ihn keine Alterspension, die Wittwen- und Waisenpension, und obendrein die Spargrosschen eines ganzen Lebens kostet!

Wohl hat er das Recht, weiter zu steuern. Woher sollen aber gerade die ältesten Bergarbeiter das Geld dazu nehmen, die nirgends mehr ein Unterkommen finden, weil sie schon „bergfertig“ sind; ebenso wenig können die an Weitersteuern denken, die auf außersächsischen Gruben Arbeit erhalten, denn sie müssen dort ihre Beiträge entrichten und wieder von Neuem anfangen, denn nur auf einzelnen Gruben werden die bereits in anderen Bergwerken geleisteten Beiträge angerechnet.

Das deutsche Koalitionsrecht ist noch immer ein höchst zweifelhaftes papiernes Recht! —

— **Posadowsky geht?** Der „Vorwärts“ schreibt zu diesem Thema: „Die Posadowsky-Reise wird so lange dauern, wie der Herr Graf im Amte ist, der im 12 000 Mark-Bettel nichts als eine Folge übergroßer burokratischer Ungeschicklichkeit erblickt. Die Stellung des Grafen ist erneut erschüttert worden durch die Feststellung, daß Herr v. Woedtke nur vorgesetzte Person war und daß der Staatssekretär selbst der eigentlich Schuldige ist.“

Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ behandelt in langen Ausführungen und zwiespältigen Korrespondenzen ihrer Berliner Mitarbeiter, die zu den „Wissenden“ gezählt werden wollen, von Neuem die Posadowsky-Angelegenheit. Das Blatt singt das Lob des Grafen in hohen Tönen und würde sein Amtende schwer bedauern. Aber es glaubt dieses Ende in sichere Aussicht stellen zu müssen.

Einer der Berliner Korrespondenten, ein Parlamentarier, erklärt:

„Dass Graf Posadowsky gehen wird, gilt in parlamentarischen Kreisen als nahezu gewiss. Wer an seine Stelle kommt, ob Herr v. Rheinbaben, ob Herr v. Bitter aus Posen, darüber streiten sich die Habitués des Asphalt's der Wilhelmstraße . . .“

Iedernfalls, so erklärt das Münchener Blatt weiter, würden Diejenigen falsch rechnen, die mit dem Abgang des Grafen Posadowsky einen Systemwechsel in den Fragen der Zollpolitik erwarten. Zwar droht die „Deutsche Tageszeitung“ wiederholt mit dem üblen Eindruck, den der Rücktritt des Grafen Posadowsky „im Lande“ machen würde und bekundet damit ihre Besürfung einer Schädigung der agrarischen Brotwucherer-Interessen. Aber die Sozialdemokratie, welche die schändliche Affaire aufgedeckt hat, war stets weit entfernt, irgend welche Hoffnungen für die Regelung der Handelspolitik aus dem Rücktritt eines Staatssekretärs zu ziehen. Wir werden sicherlich den Nachfolger des Grafen Posadowsky gleichermaßen zu bekämpfen haben, wie ihn selbst. Nicht unsere Partei-Interessen fordern die Beseitigung eines bis auf die Knochen kompromittierten Ministers. Wir halten nur einige Zweifel, ob das Interesse der eigenen Reinlichkeit oder doch des Scheins der Reinlichkeit die Regierung zur Abstößung des wunden Glieds veranlassen würde. Geschieht dies nicht, uns bleibt es recht.

**Durch Zeitung Posadowsky's** kommt der „Rh. Courier“ aus seiner Altenmoppe einen Fall aus, der beweisen soll, daß die Sozialdemokratie, die die 12 000 Mark-Affaire so scharf verurtheilt habe, in einem ähnlichen Fall, sofern es sie selbst betreffe, gar nichts Arges sehe. Lassen wir das Blatt unsre Korruption entlarven:

„Wenn es aber in den Augen der sozialdemokratischen Partei ein so schweres Vergehen ist, daß Herr v. Woedtke jene Summe Geldes von einem industriellen Verband zu einem erlaubten Zweck angenommen hat, welche strengen Grundsätze muß jene Partei bei ihrer eignen Agitation und der Ausbringung der hierzu erforderlichen Mittel anlegen? Hierfür können wir aber mit Beweisen aufwarten. Denn als vor zwei Jahren in Berlin vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I ein Eipressungsprozeß gegen zwei Maurer verhandelt wurde, die einige Maurer, welche keine Lust hatten, sich für die Streikasse mit Wochenbeiträgen besteuern zu lassen, mit Gewaltthärtigkeiten bedroht hatten, wurde in diesem Strafprozeß, wie der „Vorwärts“ (Nr. 300) selber berichten mußte, festgestellt, daß kurz vorher, zur Zeit der Reichstagswahlen, aus dieser Streikasse von deren Verwalter 600 Mk. an die sozialdemokratische Partikasse abgeliefert worden waren. Wir fragen aber: Was ist für schlimmer zu halten: daß Herr v. Woedtke, welcher das Publikum über die Motive eines Gesetzentwurfs, der bei dem Ausbruch eines Streiks den Schutz der Arbeitswilligen und ihrer Familien bezwecke, belehrt wissen wollte — wogegen ja an sich nichts zu erläutern ist —, den Vitzgriff beginnt, die hierfür erforderlichen Mittel, anstatt sie auf den Haifus zu wiesen, von einem reichdotirten Verband anzunehmen —, oder daß die Führer der Sozialdemokratie sich vom Verwalter eines Fonds, der von Arbeitern großen zum Heilen der hungernden Familien von Streikenden zusammengebracht war, sich einen unschönen Betrag auszahlen ließen, um ihn solchen Notleidenden zu entziehen und ihn zur Befriedung der Wahlkampfkosten zu verwenden?“

Der Vergleich hinkt leider sehr betrüglich. Wie liegt die Sache in dem uns vorgehaltenen Fall? Die Vertreter der Maurerorganisation steuern aus dem Streifonds, der in einer Höhe von 20 000 Mk. auf der Bank deponirt war, 600 Mk. zu dem sozialdemokratischen Wahlfonds bei, da sie durch die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter die gewerkschaftlichen Interessen gewahrt sehen. Sie verlangen von denselben z. B. mit Recht die Bekämpfung solcher Buchthausgesetze, wie sie Posadowsky im Auftrag des Verbands deutscher Industrieller dem deutschen Proletariat bescherten wollte. Das Geld wurde also zu einem eminent gewerkschaftlichen Zweck ausgegeben. Auch die englischen Gewerkschaften haben bekanntlich beträchtliche Summen zu ähnlichen Zwecken beigebracht. Als formell inorrekt kann es höchstens bezeichnet werden, daß der Betrag einem zu einem bestimmten gewerkschaftlichen Zweck gesammelten Fonds entnommen wurde, wenn auch nicht davon gezweifelt werden kann, daß so ziemlich sämtliche Beitragsleistenden mit der Verwendung der 600 Mk. durchaus einverstanden gewesen sein würden. Umso mehr, als umgekehrt die Sozialdemokratie in unzähligen Fällen Streiks mit ganz anderen Summen unterstützt hat.

Der Vergleich dieser 600 Mark-Angelegenheit mit der 12 000 Mark-Affaire prägt nur insofern, als der Buer-Verband dem Reichsamt des Innern die 12 000 Mark ebenfalls in der Erwartung gegeben hat, dafür seine Interessen gewahrt zu sehen. Der Unterschied besteht jedoch darin, daß das Reichsamt des Innern nicht die politische Vertretung des Centralverbands deutscher Industrieller darstellt, wie die sozialdemokratische Partei die politische Präsentation der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darstellt, sondern die unparteiisch sinnfällende Regierung, die für die 12 000 Mark der Buer-Leute die Rechte der Missionen der Politiker verschachern sollte. Und wenn der „Rhein. Cour.“ nur die Reinlichkeit der beiden Fälle sah, nicht aber deren Unterschied, so läßt er durch die Betonung dieses so unterschiedlichen Verhältnisses dem wahren Posadowsky den denkbaren schlechtesten Dienst.

### Versammlungsberichte etc.

**Berlin I.** Die am 17. Dezember abgehaltene und von 11 Mitgliedern besuchte Zahlstellen-Versammlung zeigte nachstehende Resultate. Unter Punkt 1: Neuwahl, wurden folgende Genossen zur Verwaltung der Zahlstelle gewählt: Cristie, Vorsitzender; Blümke, Schriftführer; Schilder, Kassirer; Lisse, Revisor. Nach erfolgter Wahl wurde zum 2. Punkt, Mitgliederabstimmung, geschritten. In dieser Abstimmung wurde zuerst über die Angelegenheit der Witwe Bey abgestimmt, in welcher sämtliche drei Fragen verneint wurden. Die zweite Abstimmung (Antrag für einen Berg) hatte folgenden Verlauf: Wir wollen den alten Staub nicht ausführen und sämtliche Fragen verneinen, sagte der erste Redner, als die Debatte in dieser Angelegenheit eröffnet wurde. Frage 1 und 3 wurde auch in diesem Sinne erledigt, aber betreffs der Frage 4 waren doch verschiedene Mitglieder anderer Meinung. Die meisten Redner hielten die Ansicht, daß es eine Annahme vom Hauptvorstand ist, höheren Lohn zu verlangen als den Delegierten bewilligt wurde. Vereinzelte Mitglieder, welche nicht für Rückzahlung der Gelder waren, begründeten ihre Gesellschaft nur dadurch, daß sie den alten Bank und Streik beigelegt haben möchten. Sämtliche Redner hielten eine Meinung und diese hatte folgenden Ursprung: Der Vorstand hat sein Bureau in demselben Hause und bezicht vom Verband sein festes Gehalt. Es sind außerdem 4 Mk. täglich für Nebenkosten bewilligt worden. (Die Redaktion) Unter diesen Umständen kann das Unternehmen des Vorstandes nicht mehr bestreiten, wenn er erklärt, lieber sein Amt niederzulegen als daß zu viel erhaltenes Geld zurückzuzahlen. Wir klären die Gleichheit.

**Fürstenberg a. O.** Die am 15. Dezember c. Abends 8 Uhr im Gasthof zum „Schwarzen Bole“ von sämtlichen 3 Mitgliedern besuchte Zahlstellen-Versammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Artikelbeschreiber, welcher sich mit R. — sch als Beibild in der „Ameise“ Nr. 60 unterzeichnet u. a. auch Fürstenberg a. O. als pflichtvergessen in's Licht stellt. Die Versammlung weist energisch den Klagen R. — sch zurück, indem die

gleiche 8 Monate statt 10 verfügt in dem verlorenen Jahre 1900 von den 10 400.000 (Dr. Med., sowie 15 Mr. auf einer Millein den freien Polingen beobachtet hat, zwar ist gerade vom 10. Oktober bis 3. Dezember nichts, hingegen aber am 17. Oktober ein Betrag für Rudolfshütte und Hainsberg abgezahlt worden; es sei noch bemerk't, daß (außer dem Hauptvorstand) auch Fürstenberg a. O. die einzige Paraffine unserer Gemeinschaft war, die damals die Streikenden in Fürstenberg (Osnabrück) per 20. XII. 1900, Hamburg mit 5 Mark aus freien Mitteln tröstete, wie haben jenseit (aber nicht auf die Erneuerung des R. — sch) wiederum eine Unterstützung nach Rudolfshütte und nach dem Arbeiterverein verstreichen und in Zukunft die Entwicklung besser verfolgen. Wir lassen uns auch sofort trotz der ganzen Entwicklung der verbrauchten Kraftgefehler nicht erreichen, jeblieb kann ein Delegierter in unserer Blätter, welches ebenfalls bis Extra-Zeiten erhalten resp. für dieselben gestimmt hätte. Wir gelangten zur Neuwahl der Funktionäre und wurde Miss Wagner mit 5 gegen 2 Stimmen, eine ungültig, als Vorsteher, Adolf Reiß mit 4 gegen 3 Stimmen als Schriftführer, Richard Voßler einstimmig als Kassirer, sowie Winkel und Albert Wehlin als Beihilfen und Max Schneider als Revisor gewählt; sämtliche Kollegen nehmen die Wahl an. Unter „Beschluß“ sind noch einige Punkte gestreift worden und gelangten mit zur Mitgliederabstimmung, welche wegen voraufgezelter Zeit vertagt werden mußte.

**Neuleiningen.** Die am 16. Dezember stattgefundene Zahlstellenversammlung war von 12 Mitgliedern besucht und wurde um 8½ Uhr vom Vorsteher eröffnet. Nachdem Punkt 1, Wahl der Beihilfen, erledigt war, wurde zur Mitgliederabstimmung geschritten und zwar zuerst über den Antrag Fürstenberg a. O., wobei über die ersten drei Fragen sämtliche Mitglieder dagegen, bei Frage 4 8 Mitglieder dafür und 4 dagegen stimmten. Bei der zweiten Abstimmung der Angelegenheit Bey, wurden nach langer Debatté sämtliche 3 Fragen abgelehnt, indem die Witwe Bey und deren Eben sich ebenfalls betreffs der Erklärung abschließen verhakt. Punkt 3, Neuwahl der Verwaltung. Gewählt wurden: Karl Lehmann, als Vorsteher, Joh. Henrich, als Schriftführer, Franz Freyland, als Kassirer. Stenger, als Revisor und als Bibliothekar wurde ebenfalls Freyland einstimmig gewählt; sämtliche Genossen nahmen die Wahl an. Bei Punkt 4, Entzugs und Beschwerden, bitten die Genossen häufig und oft sehr oft Wort und sprach zuerst häufig über die schlechten Verhältnisse beim Einrichtungen bestätigt. Dann klagte sich Glöckel, daß Gen. Sigling früheres Mitglied und seiner Zeit Delegierter in Rudolstadt, es bei der dortigen Generalversammlung unterlassen habe, über seinen Bericht abzugeben. Die Genossen stellten den Antrag, den Sachverhalt in der „Ameise“ bekannt zu geben, damit nicht die Genossen und der Verband immer geschädigt werden und da doch die Arbeit vielleicht gemacht werde; nach langer Debatté wurde der Antrag angenommen. Zum Schluß wurde noch über den schlechten Versammlungsbau gekrochen. Es fassirte gab dem gewesenen Vorsteher Stenger die Schuld; derselbe aber legte es klar, daß dem Schriftführer die Schuld trifft, weil er immer Beiträge in der Sabrik und in seiner Wohnung annimmt, es wurde übermals beschlossen, ganz streng nach dem heutigen Protokoll zu verfahren, wonach Beiträge nur in der Versammlung anzunehmen sind. Mitglieder, welche sich in dieser Sabrik um Arbeit bemühen, wollen sich jetzt bei der Zahlstellenverwaltung erkundigen. Schluß 12½ Uhr.

**Pforzheim.** Die am 19. Dezember stattgefundene Generalversammlung im „Goldenen Löwen“ war von 27 Mitgliedern besucht; es waren auf der Tagesordnung Neuwahl der Verwaltung und die beiden Mitgliederabstimmungen als Hauptpunkte vorgesehen. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Zum Vorsteher wurde Miss mit 25 Stimmen wiedergewählt; zum Schriftführer Simon mit 24 Stimmen, als Revisor Pettersheim mit 20 Stimmen, als Revisoren Janusch und Kühbach. Über den Punkt Mitgliederabstimmung entspannt sich eine sehr lebhafte Debatte. Im Allgemeinen wurde das Gebot der Vorstandsmitglieder gehoben (siehe Vorstandserklärung vom 27. XI. 1900), worauf folgende Resolution zur Annahme gelangte:

„Die am 19. Dezember 1900 im Gasthof zum „Goldenen Löwen“ tagende Generalversammlung der Zahlstelle Pforzheim erklärt im Bezug auf die heute vorgenommene Mitgliederabstimmung, daß sie auf das Gehalt erkannt ist über die Erklärungen der Vorstandsmitglieder in der Vorstandserklärung vom 27. XI. 1900, in welcher Gründigkeit zu Tage gefördert wurden, die jedenfalls bei der großen Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder auf den lebhaftesten und berechtigsten Widerspruch stossen dürften. Der Verbandsvorstand, der nach § 23 unserer Statuten die Beschlüsse der Generalsversammlung und jedenfalls auch sonstige Mitgliederabstimmungen zu respektieren und auszuführen hat, weigert sich im Namen dem eventuellen Abschluß einer Mitgliederabstimmung folge zu lassen und droht gegebenenfalls mit Niederlegung der Amtswirksamkeit.“

„Dies ist ein Gedanken, so scharf und insofern,

doch man sich fragt nun: Sind denn die Beamten unseres Verbandes materiell so schlecht gestellt, daß dieselben ihre Pflichten und die Interessen des Verbandes in solcher brüderlicher Weise zu verletzen gewillt sind, wenn sie einige Mark zu Unrecht empfangener Blätter zurückzahnen sollen?

Dochdem die heutige Hauptversammlung nicht für die Zurückzahlung weder der 10 M. Extraktaten an die Delegierten noch der Auslage an die Vorstandsmitglieder stimmt; so erklärt dieselbe doch, daß sie einer Generalversammlung des Verbandes ganz entschieden das Recht besteckt, für sich, daß heißt für die jeweiligen Delegierten Gelder zu bewilligen, da ein späches Recht in seinen äußersten Konsequenzen völlig unbegrenzt bliebe. In Bezug auf die vom Vorstand beschlossene Mitgliederabstimmung, betreffs Auszahlung des Gehalts an die Witwe Bey's, ist die heutige Hauptversammlung der Ansicht, daß die Annahme einer Mitgliederabstimmung über diese Frage durchaus überflüssig war; da durch die Mitgliederabstimmung vom 20. 10. 1900 der Beschluß bereits in befahendem Glanze gefaßt war und deshalb das Geld sofort ohne Nachhalt hält ausbezahlt werden sollen.

Die Übereitragung des Verbandsvermögens auf den Namen des Kassierers oder auf einen Dritten hätte doch praktischer Weise sofort beim Auszahlen Bey's aus seinem Konto erfolgen sollen und wären dem Verbande die eventuellen Folgen eines Prozesses mit dem Erben Bey's erspart geblieben.

**Unterpörlitz.** Am S. Dejenerber hieß die heisige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Trotz der reichhaltigen Tagessordnung waren nur 32 Kollegen erschienen (außer die Hälfte) es ist dies das alte und bedauerlicherweise Bild wie in vielen anderen Zahlstellen auch. Bei dem Punkt: Mitgliederabstimmung wurde die erste Abstimmung verlängt, die zweite mit allen 3 Fragen einstimmig verneint. Es wurde bei dieser Gelegenheit das Verhalten des Hauptvorstandes einer Kritik unterzogen und konnte nicht genug bewundert werden, daß der Vorstand diese Sache mit Bey nicht geregelt hatte.

Mit folgender Sache beschäftigt sich die heisige Zahlstelle schon über ein Jahr. Unser früherer Vorsitzender wurde wegen Nichtanmeldung einer Versammlung vom Gemeindevorstand in Unterpörlitz in eine Strafe von 30 Mark oder fünf Tagen Haft genommen. Beitreffendem Mitglied war zu dieser Sache Rechtschutz bewilligt und legte dasselbe Berufung ein, wurde aber vom Schöffen- und Landgericht zu obenerwähntter Strafe verurtheilt. Das Mitglied glaubte besser zu thun, fünf Tage zu verbüßen als 30 M. zu bezahlen und verbüßte seine 5 Tage. Da nun bei dem Prozeß viel Auslagen entstanden sind, stelle das Mitglied und auch die Zahlstelle den Auftrag beim Hauptvorstand auf Entschädigung i. u. 25 M. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich der Hauptvorstand so nobel und bewilligte betr. Mitglied bloß 5 Tage Arbeitslosunterstützung. Es ist gar nicht vom Hauptvorstand zu begreifen für 5 Tage hinter schwedischen Gardinen- und 5-6 M. kosten und Porto das Mitglied mit 6 M. und etlichen Wenigen zu entschädigen. Die Zahlstelle fasste nun den Beschlus, dem Mitglied aus unserem Girofond seine verlangte Entschädigung zu bewilligen. Es wurde das Verhalten des Hauptvorstandes in dieser Sache einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Es ist für ein Mitglied, welches sich für die Interessen des Verbandes aufgeopfert, nicht sehr erfreulich und es vergeht hierbei manchem der Ruth, ein solches Amt zu verwirten. Wünschenswerth wäre es, wenn sich der Hauptvorstand diese Sache noch einmal reiflich überlege und bei anderen derartigen Fällen sich etwas anders zeigte.

Bericht d. Vorstandes: Bei dem Streit der Firma Abicht u. Co. in Ilmenau irrthümlicherweise ein Arbeitnehmer von Unterpörlitz verzeichnet und dies von der Verwaltung berichtigt worden, jetzt sei aber wirklich zu konstatieren, daß wir vier solcher Exemplare aufzuweisen haben, wovon welche erst den Verband mit Unterstützung in Anspruch genommen haben und noch ledig sind; heißt solche, die sich einbilden, eine bessere Stellung einzunehmen. Nun, hoffentlich wird sich die heisige organisierte Arbeiterschaft dieses merken und die Leute gehörig schlägen und ärgern.

**Anmerkung.** Vorsitzendes haben wir dem Verbandschriftführer behuß Ausklärung unterbreitet und schreibt denselbe dazu folgendes:

Zu vorstehendem Versammlungsbericht erscheinen mit einige Bemerkungen am Rande bezüglich der Gelegenheit des früheren Vorsitzenden. Der Vorstand hatte beschlossen, weil ihm die Berufung an das Landgericht ausichtslos erschien, dies zurückzuweisen. Der Vorstandbeschluß ließ sich aus die in der Urteilsabschrift niedergelegte Erstellung des Schöffengerichts. Auf einer Postkarte (Datum des Poststempels 14. 5. 1900) berichtete der frühere Zahlstellen-Vorsitzende: Zugleich ich noch am letzten Tag meine Berufung zurückzog, wurde gegen mich verhandelt und wurde ich freigesprochen. Kosten Staatsfalle. Der Termin am Landgericht Eisenach fand am 10. 5. 1900 statt. Am 2. September beantragte die Ver-

waltung für den früheren Vorsitzenden Entschädigung für 5 Tage Haft und 3,55 M. für entstandene Kosten. Nach daraufhin erfolgter Recherche stellte sich heraus, daß die Berufung zurückgewiesen wurde, und der Vorsitzende, ohne dem Vorstand Mittteilung zu machen, anstatt die Strafe zu begleichen, an deren Stelle 5 Tage Haft verbüßte. Noch nie ist ein Fall bekannt geworden, wonach der Vorstand sich gleichzeitig hätte, die Kosten zu tragen. Wenn der Vorsitzende die Regelung der Strafe, ohne Vorwissen des Vorstandes, in der Weise, wie geschehen, für angebracht hielt, so hat dieselbe, respektive die Zahlstelle Unterpörlitz, auch nicht den geringsten Anlaß, irgendemanden für die Folgen verantwortlich zu machen. Weiter zu gehen, als die Zeit während der verbüßten Haft als unterstützungsberechtigte Arbeitslosigkeit zu betrachten, hatte der Vorstand gar keine Veranlassung. Wenn es etwas „Unbegreifliches“ in dieser Angelegenheit giebt, ist es wohl nicht die Stellungnahme des Vorstandes. Auf jeden Fall ein Beweis mehr, in welcher Weise Beschwerden gegen Delegierte konstruiert und in die Welt hinausgestraut werden.

J. Schneider, Verbandschriftführer.

### Literarisches.

— Eine illustrierte humoristisch-satirische Sylvester-Zeitung auf rotem Papier hat die Buchhandlung Vorwärts soeben erscheinen lassen. Im Format der Mai-Zeitung enthält dieselbe in Prosa und Poesie eine Fülle von satyrischen Beiträgen; das Titelbild zeigt uns den Teufel in modernen Gabbinen, wie er die kapitalistische Dreieinigkeit: Pfaff, Adel und Bourgeois am Steg hat; das zweiteilige Vollbild läßt in einer Idyllfigur das 20. Jahrhundert im Glanz emporsteigen, während das alte Jahrhundert auf einer Eule zur Hölle fährt. In einem Schlussbild wird humorvoll Bebel eingeführt, der dem Chronos für's nächste Jahrhundert die physische Krüze als Kopfschutz reicht. Textillirationen zu politischen Ereignissen des letzten Jahres vervollständigen den attraktiven Schmuck. Preis der hübsch ausgestatteten Nummer 10 Pfennig.

### Sterbefall.

Eisenberg. Joseph Baumann, Porzellandreher, gestorben am 11. Dezember 1900 an Lungententzündung, stark 5 Tage. An ihm verlieren die Eisenberger Genossen einen treuen Kämpfer der Organisation.

Stadtum. Wilhelm Hirt, Porzellankünstler, geboren am 20. Juli 1868 in Oberbodnitz bei Kahla, gestorben 16. Dezember 1900 in Dippelritzs, Krauk 4 Tage.

Ehre ihrem Ehrenten.

### Versammlungskalender.

Berlin. Vorstandssitzung. Sonnabend, 29. Dezember, Abends präzise 8 Uhr im Gewerbeschäftshaus.

Bayreuth. Sonnabend, 31. Januar bei Fr. Görl.

Blankenhain. Sonnabend, 29. Dezember, Abends 8 Uhr bei Spiegler, Billardzimmer. Wichtige Tagesordnung, deshalb wollen alle Mitglieder erscheinen.

Hohenberg. Sonntag, 1. Januar, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal.

Krobnach. Sonnabend, 5. Januar, Abends 8 Uhr im "Rosengarten". Mitgliederabstimmung. Der wichtige Tagesordnung halber wird ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.

Kronach. Sonntag, 6. Januar, Nachmittags 2 Uhr in Magold's Saale. Duralsabschluß. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Margarethenhütte. Sonnabend, 5. Januar, Abends 1/8 Uhr im Vereinslokal zu Bremmen. Alle Mitglieder erscheinen.

Mittelfeld. Sonnabend, 5. Januar bei Jakob Höger. Mitgliederabstimmung.

Mitteu. Sonnabend, 5. Januar, Abends 8 Uhr im Kronprinz. Neuwahl. Mitgliederabstimmung. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

München. Sonnabend, 5. Januar im Restaurant zur Klinik. Ette Bindling- und Schillerstr.

Nürnberg. Sonnabend, 12. Januar bei Herzog. Mitgliederabstimmung.

Nebra. Sonnabend, den 5. Januar, Abends 1/8 Uhr bei Georg Sammet. Duralsabschluß wegen medien die Mitglieder aufzufordern, in der Versammlung die Kasse zu begleichen.

Schuberg. Sonnabend im Vereinslokal.

Sorgau-Nieder-Saale. Sonnabend, 5. Januar, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal, Wichtige Vor-

Clemburg. Nr. 7717, So einer Untersagung füllt an nach Aufenthalt ist mir unbekannt.

Stade. Am 2. September beantragte die Ver-



Hoch Deutscher Goldschmied

Reelle Schmiede  
Goldschmiede  
Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede

Goldfilz

Goldschmiede